

Neufassung

Vorlage für die Sitzung des Senats am 11.09.2012

„Fiskalischer Nutzen von Steuer-CDs“

(Anfrage für die Fragestunde der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 27.08.2012)

A. Problem

Die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) unter der Überschrift "Fiskalischer Nutzen von Steuer- CDs " folgende Fragen gestellt:

1. Wie haben sich die Zahlen und das fiskalische Ergebnis von Selbstanzeigen von „Steuersündern“ im Land Bremen seit dem Jahr 2008 entwickelt?
2. Wird sich das Land Bremen auch weiterhin am Ankauf sogenannter „Steuer-CDs“ beteiligen?

B. Lösung

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt :

Zu Frage 1:

Im Kalenderjahr 2008 und 2009 sind jeweils rund 90 Selbstanzeigen eingegangen. Im Jahr 2010 war ein sehr starker Anstieg auf 302 Selbstanzeigen zu verzeichnen, was sich im Jahr 2011 mit 67 Anzeigen jedoch wieder deutlich relativiert hat.

Das steuerliche Mehrergebnis aus den Selbstanzeigen war - und ist - nicht Bestandteil der bundeseinheitlichen Statistik für Steuerfahndungsstellen. Für die Zeit ab Februar 2010 wurde deshalb in der Steuerfahndungs- und Strafsachenstelle Bremen eine gesonderte Statistik über Selbstanzeigen mit Bezug zu un versteuerten Kapitalerträgen aus dem Ausland geführt, die bisher 184 Selbstanzeigen mit einem steuerlichen Mehrergebnis von gut 13 Mio. € ausweist.

Zu Frage 2:

Ja

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen Auswirkungen.

Die Gender-Aspekte wurden geprüft. Es liegen keine genderrelevanten Daten oder Informationen vor.

Geschlechtsspezifische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

E. Beteiligung und Abstimmung

Keine

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage ist für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet. Gegen eine Veröffentlichung im zentralen elektronischen Informationsregister bestehen keine Bedenken. Die datenschutzrechtlichen Belange sind gewahrt.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 28. August 2012 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.